

presse

Rechte von Praktikanten stärken

Zur aktuellen Diskussion über die Rechte von Praktikantinnen und Praktikanten erklären die zuständigen Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Gabriele Lösekrug-Möller und Swen Schulz:

Die SPD setzt sich seit langem für die Stärkung der Rechte von Praktikantinnen und Praktikanten ein. Wir fordern gesetzliche Klarstellungen, Ergänzungen zur besseren Abgrenzung von Praktika- und Arbeitsverhältnissen, schriftliche Vertragsabschlüsse für alle Praktika als Berufseinstieg und eine angemessene Vergütung. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode wurde eine Initiative gestartet, die aber von der Union in der Großen Koalition blockiert wurde.

Dass sich die Union gegenüber den Problemen der Praktikanten blind und taub stellt, zeigt sich aktuell auch in der Haltung der Bundesregierung, gesetzliche Klarstellungen konsequent abzulehnen und lediglich auf eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft zu setzen. Dieses allein kann die prekäre Situation der jungen Menschen beim Berufseinstieg nicht auflösen. Unsere jungen Fachkräfte von morgen brauchen beim Berufseinstieg mehr Schutz und Unterstützung und keine wohlklingenden Absichtserklärungen, die dann nicht eingehalten werden.

Deshalb haben wir in einem Antrag "Für Fairness beim Berufseinstieg - Rechte der Praktikanten und Praktikantinnen" erneut unsere Forderungen formuliert und setzen darauf, dass auch Schwarz-Gelb endlich die Problematik versteht und aktiv wird.